

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

Covid-19: Menschen in akuter Notlage unterstützen

Solothurn, 10. Dezember 2020 – Arbeitnehmende, die aufgrund der Corona-Pandemie in Armut geraten, sollen unterstützt werden. Die Sozial- und Gesundheitskommission des Kantonsrates befürwortet einen entsprechenden Auftrag.

Der dringlich erklärte Auftrag von Markus Baumann (SP, Derendingen) fordert Unterstützungsmassnahmen für Arbeitnehmende, die wegen der Corona-Pandemie in Not geraten. Grundsätzlich ist mit den bestehenden Sozialversicherungen sowie der Sozialhilfe bereits jetzt sichergestellt, dass eine Notlage abgewendet werden kann. Angesichts der aktuellen Lage sollen nun jedoch genauere Abklärungen gemacht werden, warum Personen in dieser akuten Notlage sind. Basierend auf den Ergebnissen sollen Massnahmen definiert, die ergänzend umgesetzt werden können. Die Sozial- und Gesundheitskommission hat den entsprechenden Antrag des Regierungsrates mit geändertem Wortlaut erheblich erklärt.

Familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung

Ein Auftrag von Anna Rüefli (SP, Solothurn) verlangt gesetzliche Änderungen, um die staatliche Mitfinanzierung von Angeboten der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung sicherzustellen. Aus Sicht der Sozial- und Gesundheitskommission sind diese für Familien, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen unverzichtbar. Sie verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, tragen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und der Familienarmut bei und erhöhen die Bildungschancen von benachteiligten

Kindern. Im Kanton Solothurn soll es mehr Angebote für familienergänzende Kinderbetreuung geben. Trotz ihrer Systemrelevanz besteht im Kanton Solothurn bis jetzt keine gesetzliche Verpflichtung, dass sich Kanton und Gemeinden an der Finanzierung der Angebote beteiligen. Die Mitglieder der Sozial- und Gesundheitskommission folgen dem Antrag des Regierungsrats. Allerdings verlangen sie eine flexible Mitfinanzierung durch die Gemeinden.

Volksauftrag Standesinitiative «Cannabis-Legalisierung»

Mit einer Standesinitiative sollen Anbau, Handel, Besitz, Konsum und die Abgabe von Cannabis legalisiert und reguliert werden. Damit könnten die bestehenden Gesetze dem Wandel der Zeit angepasst werden. National- und Ständerat haben im September 2020 im Rahmen einer entsprechenden Änderung des Betäubungsmittelgesetzes grünes Licht für die versuchsweise und staatlich kontrollierte Cannabis-Abgabe gegeben. Es ist Sache des Bundes, die schweizweit geltende Vorschriften in diesem Bereich zu erlassen. Die Kommissionsmitglieder lehnen eine Standesinitiative ab, da eine solche weder eine Legalisierung beschleunigt, noch neue Aspekte in den politischen Prozess einbringt.